

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Dinslaken • Friedrich-Ebert-Str. 46 • 46535 Dinslaken

Frau Bürgermeisterin  
Michaela Eislöffel  
Platz d´Agen 1  
46535 Dinslaken

**Geschäftsstelle**

Friedrich-Ebert-Straße 46  
46535 Dinslaken

Telefon 02064 / 77 57 373  
Telefax 02064 / 77 57 374

[linksfraktion@die-linke-dinslaken.de](mailto:linksfraktion@die-linke-dinslaken.de)

[www.linksfraktion-dinslaken.de](http://www.linksfraktion-dinslaken.de)

Niederrheinische Sparkasse  
RheinLippe  
IBAN: DE30 3565 0000 0670 9225 41  
BIC: WELADED1WES

Dinslaken, 26.05.2023

## Antrag „WEB-Portal für defekte Gasheizungen“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Eislöffel,

der Rat der Stadt Dinslaken möge beschließen:

Der Rat der Stadt fordert die Stadtwerke Dinslaken, als kommunalen Eigenbetrieb, sowie deren Aufsichtsratsmitglieder auf, in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaftsförderung unmittelbar, noch vor der nächsten Heizphase im Herbst, ein zentrales Webportal einzurichten, um für Besitzer:innen von defekten Gasheizungsanlagen eine zentrale Meldestelle vorzuhalten, auf deren Schadensmeldungen die lokal ansässigen Handwerksbetriebe zugreifen können und eine Art Reparaturbörse zu nutzen, bei denen die Firmen nach Modelltyp prüfen können ob sie noch Ersatz- bzw. Bauteile für defekte Heizungsanlagen anbieten können, weil neue Geräte nicht mehr verfügbar sind und daher eine Reparatur zur Lösung des Problems erforderlich ist.

Dabei sollen die lokalen Handwerksbetriebe, sowie die Fachinnung einbezogen werden und eruiert werden, ob sie an einem solchen Soforthilfefverfahren mitwirken können.

### **Begründung:**

Wohnen wird für immer mehr Menschen unbezahlbar. Ein Grund dafür sind neben den explodierenden Mieten die steigenden Energiekosten für fossile Brennstoffe. Gleichzeitig ist der Wärme- und Gebäudebereich eine der größten Baustellen beim Klimaschutz in Deutschland und für fast 30 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Der Gebäudesektor hat bislang – wie der Verkehrssektor – nichts zum Erreichen der Klimaziele beigetragen. Deshalb ist das Vorhaben der Bundesregierung grundsätzlich richtig, ab 2024 keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr einzubauen. Dass die Ampel-Regierung diesen Weg vorschlägt, ohne die Finanzierung, soziale Abfederung und Umsetzung zu benennen, kostet unnötig Akzeptanz und wälzt die Verantwortung für die Umsetzung auf die Bürger\*innen ab. Das macht vielen Menschen gerade Angst: Wie soll ich den Umbau bezahlen? Was ist für mich die beste Lösung? Was passiert, wenn meine Gastherme kaputt geht? Diese Sorgen sind berechtigt und müssen ernst genommen werden. Denn die Wärmewende ist eins der wichtigsten Projekte im Kampf gegen die Klimakrise und erfordert eine gesellschaftliche Kraftanstrengung, damit die Last nicht auf den Schultern der Bürger\*innen liegen bleibt.

Wir fordern deshalb ein radikales Umsteuern: Wir brauchen kommunale Wärmeplanung und Sanierungsbeauftragte, um großflächige Beratungsangebote für Bürger\*innen zu schaffen und Quartierslösungen zu erarbeiten. Für Mieter\*innen und Nutzer\*innen kleiner Eigenheime mit geringen und mittleren Einkommen dürfen im geplanten Umbauprozess keine Zusatzkosten anfallen. Diese müssen mit gezielten Förderungen und Maßnahmen unterstützt werden. Das betrifft am stärksten Bezieher\*innen von Transferleistungen sowie Rentner\*innen.

Für die Umsetzung einer sozial gerechten Wärmewende fordern wir daher unmittelbar vor den ersten Heiz- bzw. Kältephasen ein Soforthilfeportal für Besitzer:innen von Gasheizungsanlagen deren Gerätschaften kaputt gegangen sind und ggf. auf Grund mangelnder Marktangebote kaum noch Ersatzteile vorhanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gerd Baßfeld', written in a cursive style.

Gerd Baßfeld  
Fraktionsvorsitzender